

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dorothee Stapelfeldt, Ksenija Bekeris, Philipp-Sebastian Kühn, Gerhard Lein, Dr. Christel Oldenburg, Jan Quast (SPD) und Fraktion

Betr.: Durch Investitionen in die Infrastruktur soziale Lage der Studierenden verbessern und einen Schritt hin zur sozialen Öffnung der Hochschulen gehen: Günstigen Wohnraum ausbauen und sanieren

In Hamburg stehen in 34 Studierendenwohnanlagen insgesamt 5.310 Plätze zur Verfügung. Mit 3.708 Plätzen wird ein Großteil davon vom Studierendenwerk Hamburg betrieben. In den letzten Jahren ist bei der Anzahl der Wohnheimplätze keine nennenswerte Veränderung zu beobachten. Dagegen ist durch notwendige Sanierungen mit dem Abbau von Plätzen zu rechnen (Drs. 19/1883). Dagegen soll die Studienanfänger/-innenzahl bis 2010 im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 um 1.376 gesteigert werden (Drs. 19/1392). Dazu ist eine Zunahme ausländischer Studierender aufgrund der Internationalisierung des Studienangebots zu erwarten. Ausländische fragen häufiger als inländische Studierende Wohnheimplätze nach. Die Wohnheimbetreiber schätzen zurzeit einen Mehrbedarf von mindestens 310 Plätzen für ausländische Studierende (Drs. 19/1883). Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt für kleine Wohnungen im unteren Preissegment lässt zudem eine steigende Nachfrage nach Wohnheimplätzen durch Studierende erwarten.

Die Versorgung mit günstigem Wohnraum ist eine Voraussetzung für den Beginn und die erfolgreiche Absolvierung eines Studiums bei geringen finanziellen Ressourcen. Deshalb fordern wir den Ausbau des Platzangebots der Studierendenwohnheime.

Zeitgleich müssen die bestehenden Wohnanlagen saniert und unter Einbeziehung energetischer Aspekte modernisiert werden. Die Wohnanlagen in der Hagenbeckstraße und in der Bieberstraße können im Rahmen des Konjunkturpakets II saniert werden. Das Studierendenwerk schätzt den weiteren Mittelbedarf auf mindestens 20 Millionen Euro (Pressemitteilung vom 19.02.2009).

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird ersucht,

- mindestens 500 Wohnheimplätze bis 2014 neu zu schaffen.
- den Sanierungsbedarf der Studierendenwohnheime kontinuierlich im erforderlichen Maß zu decken und für dringende Sanierungen zunächst 20 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.